

Rainer Land

Irrwege und Auswege der Ökokapital-Debatte

Im Heft 4/94 begannen wir mit einem Beitrag von Rainer Land und kommentierenden Anmerkungen von Andre Gorz eine Debatte über die Chancen, bisherige Ökosteuerkonzepte durch neue Modelle der Ökokapitalbildung zu ergänzen und zu ersetzen. In den folgenden Heften antworteten Willi Brüggen (5/94), Michael Jäger (6/94), Rudi Mondelaers (2/95) und Frieder O. Wolf (2/95) mit kritischen Einwänden und weiterführenden Überlegungen. Der folgende Artikel von Rainer Land ist eine Replik auf diese Diskussionsbeiträge. Wir wollen die Debatte damit zunächst abschließen.

Ich will zunächst noch einmal den Kern meines Vorschlags unterstreichen. Meine Vorstellung von "Ökokapitalgesellschaften" unterscheidet sich definitiv von dem Zertifikatsmodell. Dort handelt es sich um die Ausgabe von Zertifikaten für Ökoresourcen durch eine Staatsbehörde, die einen Lenkungseffekt hin zu ökologisch weniger belastenden Technologien und Produkten haben soll.

Bei meinem Vorschlag geht es um die Bildung einer neuen gesellschaftlichen Institution, die für ein Gemeingut "Ökoresourcen", den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Nutzung und Reproduktion durch Investitionen regulieren soll. Sie ist also keine Staatsbehörde, sondern eine öffentliche Kapitalgesellschaft, die ihre Entscheidungen partizipatorisch fällt.

Zum Prinzip: Was sind Ökoverwertungsgesellschaften?

Es geht also um eine *Vielzahl* kleiner oder größerer Ökokapitalgesellschaften, die einerseits Programme zur Erforschung, Erhaltung und Sanierung der von ihnen bewirtschafteten Ökoresourcen aufstellen, finanzieren und entsprechende Aufträge vergeben, und die zweitens die wirtschaftliche Nutzung dieser Ressourcen regeln, indem sie Nutzungsrechten im Rahmen der durch Forschung begründeten und demokratisch beschlossenen Nutzungsgrenzen emittieren. Der Verkauf der Nutzungsrechte und die Finanzierung der Reproduktion der jeweiligen Ökoresource bilden einen *autonomen Kreislauf*, in den nicht durch Staatsbehörden eingegriffen werden kann. Der Zusammenhang zwischen der Emission von Nutzungsrechten und der Investition in Ökologie ist konstitutiv, eben deshalb ist es kein *Ökomarkt*, sondern ein *Ökokapitalkreislauf*. Ökozertifikate sind im Unterschied dazu Marktinstrumente. Mir kommt es inzwischen komisch vor, daß viele nicht zwischen Marktwirtschaft und Kapitalwirtschaft unterscheiden mögen. Ich schlage keine marktwirtschaftliche, sondern eine kapitalwirtschaftliche Lösung vor.¹

Aber auch der für mich wesentliche Unterschied von staatlich und öffentlich wird oft übersehen. Öffentlich hat nicht die Bedeutung von staatlich. Es bedeutet erstens die Negation des Geheimhaltungsprinzips. Und es bedeutet zweitens eine partizipatorische

Entscheidung und Verfügung, die nach meiner Vorstellung nicht die politischen Machtstrukturen des Staates wiederholen darf, sondern die spezifischen ökologischen Interessengegensätze politisch zu reflektieren hat, an der also nach meiner Sicht Ökoverbände, Wirtschaftsunternehmen und Arbeitnehmerschaft zu beteiligen sind. Ökokapitalgesellschaften sind also Gemeinschaftsunternehmen, die in einem öffentlich kontrollierbaren und partizipatorisch organisierten Prozeß Ökoresourcen privater wirtschaftlicher Nutzung zugänglich machen, und zwar unter der Bedingung, daß die Erhaltung der Ressourcen langfristig gewährleistet und der Reproduktionsaufwand durch die Nutzer bezahlt wird. Sie garantieren damit zugleich, daß die lebensweltliche Nutzung der Natur (Baden im See, Laufen im Wald, Atmen, Sonnen, Gehen) wirtschaftlichem Zugriff entzogen bleibt und im Prinzip ein Primat vor wirtschaftlichen Nutzungen bestehen bleibt. (Das kann z.B. so ausgelegt werden: Nur solange das Baden im See im Prinzip möglich bleibt, dürfen lebensweltliche Nutzungen durch Bewirtschaftung eingeschränkt werden. Oder: Nur solange das Gehen in der Stadt im Prinzip nicht behindert wird, darf es durch Verkehr beschränkt werden.)

Selbstverständlich wäre die Etablierung solcher Strukturen ein politischer Vorgang und auch das Agieren der Öko-, Wirtschafts-, oder Arbeitnehmerverbände in den Aufsichtsgremien der Ökoverwertungsgesellschaften wäre politisch. Insofern bedeutet mein Plädoyer für eine außerstaatliche Organisationsform nicht, daß ich diese öffentliche Körperschaft für eine außerpolitische hielte.²

Rainer Land war Mitautor und Herausgeber des sog. Umbaupapiers, daß das Forschungsprojekt Sozialismustheorie ("Gruppe moderner Sozialisten") im Vorfeld der Wende an der Humboldtuniversität erarbeitet hatte. Er ist Redakteur der Zeitschrift *Berliner Debatte* INITIAL.

¹ Vgl. den Vorhalt von Frieder Otto Wolf, *Andere Zeiten* 2/95, S.11

² Nur finde ich bedauerlich, daß wir der liberal-konservativen Attacke auf den Sozialstaat nur Defensives entgegenstellen, aber keine Idee haben, wie Selbstverwaltung und Solidarität gesellschaftlich organisiert aussehen könnten. Ich möchte nicht, daß die Umweltreproduktion Beute des Parteienstaats wird. Frieder Otto Wolf verwechselt Ökokapital erst mit "administrativer Flexibilisierung" (a.a.O.) und ist dann konsequenterweise außerstande zu erkennen, daß mit dem Vorschlag öffentlich-rechtlicher Körperschaften zur Bewirtschaftung eines Gemeinguts auch eine Debatte über die Vergesellschaftung öffentlicher Angelegenheiten angesprochen ist, die von mir explizit als Alternative zur Staatsverschlingung durch Privatisierung gemeint ist. Dies ist ein Beitrag zur "Reform des öffentlichen Dienstes".

Was ist Kapital, was Ökokapital?

Der Zusammenhang von Nutzung ökologischer Ressourcen und ihrer Reproduktion durch Investitionen soll durch einen Geldkreislauf (genauer: Geldkapitalkreislauf) reguliert werden.

Ich definiere Kapitalismus als eine Wirtschaftsweise, bei der die einzelnen gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse durch die Emission bzw. Demission von Geld, genauer von Kreditgeld kombiniert und reguliert werden. Diese Kreisläufe bilden Subsysteme mit Eigenfunktionalität und interner Dynamik.

Kapital ist sich selbst verwertender Wert. Marx drückte dies in der Formel $G - W - G + g$ aus, wobei g einen Wertzuwachs bezeichnen soll. Mit der Organisation der Produktion als Kapitalverwertung wird Arbeit gegenüber dem arbeitenden Individuum verselbständigt, systemisch organisiert. Das Reproduktionsverhalten wird durch Institutionen - Geld, Märkte, Zins, Aktien etc., - reguliert, die zwar Produkte menschlichen Verhaltens sind, dann aber dieses Verhalten determinieren. Dabei unterscheiden wir in Anlehnung an Marx:

Den Kreislauf des Produzierenden (bei Marx oft des industriellen) Kapitals, den Kreislauf der Lohnarbeit, den Kreislauf des Warenkapitals, den des Geldkapitals und den des Grund und Bodens. Alle sind natürlich miteinander verbunden.

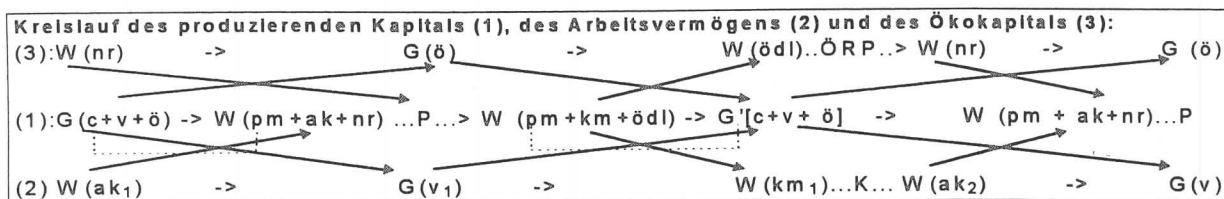
Der Kreislauf des industriellen Kapitals umfaßt die Transformation von Geld in mobile

den Haushalten in die Unternehmen zurück.

Nehmen wir nun an, daß in den Produktionsmitteln $W(pm)$ zu reproduzierende Ökoresourcen stecken, die nun differenziert werden sollen. Das spezifische Problem dieser Ressourcen ist, daß sie nicht unmittelbares Produkt sind, also im reproduzierten Produkt $W(pm2)$ nicht sofort verwendbar enthalten sind. Vielmehr bedarf es eines eigenen Transformationsprozesses, der Ökoresourcen und Ökoinvestitionen verbindet. Wenn Naturressourcen nicht unmittelbar privat verwendbare Produktionsmittel sein können, so besteht der Kreislauf des Ökokapitals an sich aus verkaufbaren Nutzungsrechten $W(nr)$, den zu kaufenden ökologischen Dienstleistungen $W(ödl)$ (Forschung, Erhaltung, Sanierung) eines speziellen Zweigs des produzierenden Kapitals, dem durch diese Dienstleistungen zu organisierenden Naturprozeß der Ökologischen Reproduktion (ÖRP), und dem eigentlichen Ökogeldkapital $G(ö)$, das als regulierender Fonds zwischen Ökokapital und produzierendem Kapital umläuft.

$$W(nr) - G(ö) - W(ödl) \dots ÖRP \dots W(nr)$$

Der Kreislauf des produzierenden Kapitals wird unter der Voraussetzung eines existierenden Kreislaufs des (gemeineigentümlichen) Ökokapitals also modifiziert:



und immobile Produktionsmittel $W(pm)$ und Arbeitsvermögen $W(ak)$, die Organisation der Produktion als Verwertung von Arbeitsvermögen $\dots P \dots$, den Verkauf des Produkts als Reproduktion des vorgeschossenen Geldkapitals.

$$G(c+v_1) \rightarrow W(pm_1 + ak_1) \dots P \dots W(pm_2 + km_1) \rightarrow G[c_1 + v_1 + ak_1 = c_2 + v_2] \rightarrow W(pm_2 + ak_2) \dots P \dots$$

Der Kreislauf der Lohnarbeit umfaßt den Verkauf der Arbeitskraft, den Kauf der Konsumtionsmittel, die Konsumtion als Reproduktion der Arbeitskraft. Es schließt insofern an den Kreislauf des produzierenden Kapitals an, als er die Transformation der $W(km)$ in $W(ak)$ durch den Konsumtionsprozeß der Arbeiter vermittelt, der hier als Bestandteil der Kapitalreproduktion erscheint, und die Verwandlung der Konsumgüter $W(km)$ in G bzw. von G in Arbeitskraft $W(ak)$ ermöglicht, weil Arbeiter als Käufer von Konsumtionsmitteln und Verkäufer von Arbeitskraft auftreten:

$$W(ak_1) - G(v_1) \rightarrow W(km1) \dots K \dots W(ak2) - G(v2) - W(km2)$$

Die Verausgabung und Reproduktion des Arbeitsvermögens wird reguliert durch einen spezifischen Geldfonds $G(v)$, den durch die Haushalte laufenden Lohnfonds, die Haushaltseinkommen der abhängig Beschäftigten. Er läuft im Tausch gegen Arbeitsvermögen Haushalte laufenden Lohnfonds, die Haushaltseinkommen der abhängig Beschäftigten. Er läuft im Tausch gegen Arbeitsvermögen $W(ak)$ aus den Unternehmen in die Haushalte und im Tausch gegen Konsumtionsmittel $W(km)$ aus

Sich kreuzende Pfeile sind Austauschprozesse zwischen Waren und Geld. Die Zirkulation des Geldfonds $G(v)$ schließt den Austausch mit der $W(ak)$ und $W(km)$ ein. Umlauf des Ökogeldkapitals $G(ö)$ vermittelt den Austausch von Nutzungsrechten $W(nr)$ und ökologischen Dienstleistungen mit dem produzierenden Kapital. Die gestrichelten Linien markieren den Austausch von $G(c)$ gegen $W(pm)$ innerhalb des produzierenden Kapitals selbst.

Diese Beschreibung soll nur anschaulich machen, was gemeint ist, wenn ich eine ökologische Reproduktion als einen eigenen Kreislauf betrachte. Der Zusammenhang zum industriellen Kapital besteht einmal im Verkauf von Nutzungsrechten $W(nr)$ und im Kauf von Waren und Dienstleistungen für ökologische Reproduktion $W(ödl)$. Daß es sich hierbei m.E. um einen eigenen Kapitalkreislauf und nicht um einen Teil des Kreislaufs des produzierenden Kapitals handelt, ist darin begründet, daß ein Transfer zwischen differenten Eigentumsarten vorliegt, genau wie im Zusammenhang von Kapital und Lohnarbeit. (Das Eigentum an der eigenen Arbeitskraft bzw. das damit erworbene Eigentum am Konsumtionsfonds ist anderer Natur, als das Privateigentum an Produktionsmitteln, ebenso wie das Gemeineigentum an Naturressourcen und an sich auch an Grund und Boden), während es sich also beim Kreislauf des Waren- und des Geldkapitals um vermittelnde Kreisläufe innerhalb des privaten Produktionsmitteleigentums handelt, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll.

Ich bin dafür, die Einführung von Ökoverwertungsgesellschaften und die Grundregeln in einem parlamentarischen Verfahren durch ein Staatsgesetz zu regeln. Außer den natürlich möglichen Novellierungen dieses Gesetzes und der Rechtsaufsicht soll das Handeln der dann geschaffenen öffentlichen Ökogesellschaften aber dem Zugriff von Regierungen und staatlichen Verwaltungen entzogen sein.

Ich bin zweitens dafür, einen *politischen Prozeß* der Entscheidungsfindung innerhalb dieser Ökokapitalgesellschaften zu organisieren, in dem öffentlich wissenschaftliche Begutachtung, Austragung der Interessenkonflikte und Kompromißfindung erfolgen, indem entschieden wird, welche Nutzungsarten mit welchen Obergrenzen pro Zeitraum freigegeben werden und welche Investitionen in den Erhalt und die Sanierung der Ökoressource fließen sollen. Auch dies ist ein politischer Vorgang, Interessenartikulation, -kampf und -ausgleich nach definierten Regeln, aber außerhalb einer Regierungsbehörde. Ich bin drittens dafür, das Ergebnis dieser politischen Entscheidung als Sachzwang zu organisieren, der in seinem alltäglichen Verlauf keiner politischen Disposition mehr unterliegt, sondern erst wieder, wenn die Regeln selbst neu definiert werden. Das bedeutet, daß Finanzbedarf und Angebot an Nutzungsrechten als Steuergrößen auf einem Markt wirken und nicht mehr der politischen Intervention der Akteure ausgesetzt sind. Sind diese Rahmenbedingungen gestaltet - auf Zeit, versteht sich - dann sind sie Sachzwang: Preis auf einem Markt, nicht Rechengröße im Steuerbudget, Einnahme und Ausgabe in einem Unternehmen, das bilanzieren muß, nicht Dispositionsgröße im Haushalt des Finanzministers.

Ökoressourcen als Waren: Wert und Preis

Der Gegensatz zu Willi Brüggen besteht praktisch in zwei Punkten: Er ist dafür, die Preise für die Nutzung von Ökoressourcen politisch festzulegen. Ich meine, eine politische Definition von Obergrenzen für die Belastung und damit eine politische Begrenzung der ausgegebenen Nutzungsrechte sind hinreichend. Darüber hinaus soll Politik nur Rahmenbedingungen sicherstellen, die eine sachgerechte Preisbildung auf dem Markt für Ökozertifikate ermöglicht.

Zweitens: Brüggen möchte die Vorgaben für das Agieren der Ökogesellschaften in den Parlamenten beschließen lassen, Obergrenzen und auch Preise. Ich bin dafür, den Einfluß der Parlamente auf die Rechtsverfassung der Ökogesellschaften und die Definition der Verfahrenswege für Mengen und Investitionsprogramme zu begrenzen, die Entscheidung im Einzelnen aber in eine demokratisch verfaßte, an wissenschaftliche Gutachten und Ausschreibungen ge-

bundene Körperschaft der Ökoverwertungsgesellschaft selbst zu binden, die andere als parteipolitische Interessenlagen zu reflektieren hat.

Willi Brüggen meint, Ökokapital in dem von mir gemeinten Sinne könne vor allem deshalb nicht funktionieren, weil die Bildung von Preisen an Arbeitswerte gebunden sei, Naturdinge aber an sich keinen Wert hätten. Dem könnte ich entgegenhalten: Sinn der debattierten Regulation ist doch erstens, die Leistungen zu bezahlen, die heute für den Erhalt der Natur in ihrer Funktion als Lebensmittel und Wirtschaftsressource des Menschen verbraucht werden oder aufgebracht werden sollten: Flußsanierung, Landschaftsgestaltung, Umbau der Verkehrssysteme. Also kostet die Reproduktion der Natur Arbeit, haben Naturressourcen Wert. Das was Naturnutzung an Reproduktionsaufwand tatsächlich kostet soll in Kalkulation und Zahlung seinen Niederschlag finden. Also geht es vor Differentialrenten zunächst um Aufwendungen, um Kost als Preisbestandteil.

Preise werden im Marxschen Modell immer auf Märkten durch das Zusammenwirken von drei Arten der Konkurrenz bestimmt: Der Konkurrenz der Anbieter untereinander um die Käufer, die die höchsten Preise zahlen, der Konkurrenz der Nachfrager um die Anbieter mit der billigsten Ware und schließlich die zwischen Anbieter und Nachfragern um die Verteilung der zahlungsfähigen Nachfrage auf die einzelnen Angebotsarten bzw. der Verteilung der Angebote auf die einzelnen Nachfragearten. Die Marxsche These vom Arbeitswert zielte nicht auf eine andere Form der Wertmessung (etwa mit der Uhr neben einem "Standardarbeiter"), sondern auf die Frage, ob und wie ein notwendiger Reproduktionszusammenhang hinter diesen schwankenden Konkurrenzverhältnissen steckt. Wenn sich auf dem Markt ein nicht-fiktiver Preis bildet, so muß nach Marx ein "ökonomisches Gesetz" dahinter stecken, das das Schwankungszentrum der Marktpreise darstellt, weil die konkurrierenden Anbieter und Nachfrager bei der Gestaltung ihrer Preisverhandlungen ihre Reproduktionskosten berücksichtigen müssen. Über die Art und Weise, wie die in der Konkurrenz gebildeten Marktpreise mit den Arbeitswerten zusammenhängen, gibt es freilich eine endlose Debatte und die von mir vertretene Position ist eine von unüberschaubar vielen. Da aber Differenzen im Verständnis der Arbeitswerttheorie in der Diskussion um das Ökokapital eine gewisse Rolle spielen, will ich wenigstens die Grundvorstellung skizzieren. 1. Ich gehe davon aus, daß der Arbeitswert durch einen diachronischen Reproduktionszusammenhang eines vergesellschafteten (nicht mehr naturwüchsigen) Arbeitsprozesses konstituiert wird. D.h. Arbeit erscheint (was nicht bedeutet "ist") als ein diachronisches Verhältnis zwischen Warenarten: den verbrauchten Produktionsbedin-

gungen und erzeugten Produkt: $a(x)$ und $b(y)$ und $c(z)$... werden verbraucht, zugleich wird $d(u)$ und $e(v)$... erzeugt.

Reduziert man ein gegebenes Reproduktionssystem auf das in ihm enthaltene Teilsystem einer identischen Reproduktion, (alle Produktionsbedingungen werden durch produzierte Waren ersetzt), so hat man ein Standardsystem im Sraffaschen Sinne, eine für die Größenbildung erkenntnistheoretisch wichtige Idealisierung. Wir unterstellen ein Produktionssystem, das genau die und genausoviel Produkte erzeugt, wie es verbraucht, also eines, das sich gerade erhält. Damit ist ein selbstreferentieller Kreis gebildet, der die Bestimmung der relativen Arbeitswerte der einzelnen Produkte möglich macht, wie Sraffa gezeigt hat. In einem System, welches einfache Reproduktion betreibt, kann unter der notwendigen Voraussetzung, daß alle verbrauchten Waren pro Zyklus natural ersetzt werden und der sinnvollen Annahme, das die Summe aller erzeugten Werte gleich der Summe aller verbrauchten Werte sei, der relative Wert des einzelnen Arbeitsprodukts bestimmt werden. Daß in dieser idealisierten Selbstreferenz keine dem 2. HS der Thermodynamik widersprechende Annahme enthalten ist, sei wenigstens angemerkt. Denn selbstverständlich unterstellt das Gleichgewicht von Verbrauch und Produkt in der Arbeit ein Verhältnis zur äußeren Natur, das kein Gleichgewicht in Stoff, Energie und Entropie sein kann, wenigstens in letztem niemals. Das Gleichgewicht einer idealen Reproduktion enthält immer ein physisches Ungleichgewicht zur äußeren Natur, eine Annahme, die übrigens auch Marx ahnte. Im so vorgestellten Arbeitsprozeß ist also eine als Selbstreferenz gedachte Reproduktion mit einer als Fremdreferenz gedachten "Naturaneignung" verbunden. Der Pfiff der Systemtheorie liegt nicht, wie Michael Jäger glaubt, in der mathematischen Identität, sondern in der Bildung solcher selbstreferentieller Strukturen, die gehaltvolle Fremdreferenzen abbilden. Mal beiseite, ob Luhmann das selbst so beschreibt oder nicht: Es ist - mit Verlaub - doch eine merkwürdige Unterstellung, nicht zu sehen, daß der Sinn des Marxschen Verwertungsbegriffs gerade in der Verkopplung der Arbeit als Naturaneignung und als Wertbildung liegt und daß sein Kapitalbegriff genau diese Grundstruktur im Verhältnis von Produktion und Verwertung, von industriellem Kapital und Geldkapital usw. immer wieder reproduziert. Das Marxsche Kapital ist die erste - sicher etwas verstiegene - große Theorie, die eine Begriffsbildung versucht, in der durchweg "äußere" und "setzende" Reflexion (in Hegelscher Terminologie) oder Selbst- und Fremdreferenz (im Jargon der modernen Systemtheorie) dialektisch verbunden sind: Vergesellschaftete Arbeit ist Wertbildung, die Naturaneignung reflektiert (und reguliert), Kapital ist Wertverwertung, die Ausbeutung von Arbeit

reflektiert (und reguliert), Zins ist Geldverwertung, die die Produktivität des industriellen Kapitals reflektiert (und reguliert), Grundrente ist Kapitalverwertung, die nichtproduzierbare Produktivitätsdifferenzen (Natur, Lage usw) reflektiert (und reguliert). Wer darin reine Selbstreferenz und pure Mathematik sieht - und nicht die Keime einer Physik der gesellschaftlichen Arbeit, versteht einfach zu wenig von Systemtheorie und weiß nichts vom Unterschied zwischen Mathematik und messender empirischer Wissenschaft. Bei der hinter Jägers Argumenten steckenden Annahme, die Abkopplung der Finanzmärkte von den sachlichen Reproduktionsprozessen beweise die Existenz einer reinen Selbstreferenz, frage ich mich immer, sind die Märkte nun abgekoppelt, wenn die Geldbewegungen sachliche Reproduktion nicht mehr regulieren oder wenn die sachliche Reproduktion die Geldbewegungen nicht mehr reguliert? Zur Therapie empfehle ich Schumpeters Geldtheorie. Doch zurück zum Arbeitswert. Unterstellt man einfache Reproduktion, so sind die relativen Werte (besser als Reproduktionspreise bezeichnet) der einzelnen Arbeitsprodukte in einem zeitlich begrenzten Reproduktionszyklus bestimmbar und durch Geld dann ausdrückbar, wenn es eine Geldemission gibt, die innerhalb des Reproduktionszyklus in einem definierten Verhältnis zur Produktion steht, was durch bestimmte "Regeln" - Goldbindung, Mindestrücklage, Geldmengenpolitik) tendenziell gewährleistet werden kann. Die Produktionspreise von Waren, die Produkte sind, ohne Produktionsbedingungen zu sein, lassen sich auch bestimmen, wenn man unterstellt, daß ihr Preis die Summe der Preise ihrer Produktionsbedingungen enthalten soll. In dem so erweiterten Standardsystem ist so auch für diese Produkte eine sinnvolle Selbstreferenz gebildet, denn im System gilt nun, daß die Summe der erzeugten Werte gleich der Summe der verbrauchten Werte plus eines Mehrwertes ist, den all jene Produkte darstellen, die nicht für die Erhaltung des Systems auf dem gegebenen Reproduktionsniveau benötigt würden. An sich ist damit ein Spielraum für Elastizität, Akkumulation und Innovation gegeben, also die Möglichkeit für erweiterte Reproduktion und Entwicklung. Produktionsbedingungen, die ohne Aufwand an Arbeit oder Kapital zur Verfügung stehen, haben keinen Wert. Dies gilt aber nur dann, wenn auch ihre zukünftige Nutzung auf absehbare Zeit keinen Reproduktionsaufwand erfordert. Dies gilt heute für die ökologischen Ressourcen nicht mehr. Ihre Nutzung erfordert gezielte Maßnahmen zu ihrer Erhaltung bzw. Reproduktion, in vielen Fällen auch für ihre Sanierung und Substitution. Wenigstens Forschungsaufwendungen sind in jedem Falle erforderlich. Daher sind ökologische Ressourcen heute selbst produziert, sind Produktionsbedingungen und Produkte, reproduzierte bzw. zu reproduzierende Produk-

tionsbedingungen. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich also nicht mehr von anderen Produktionsmitteln. Werttheorie ist in dieser Hinsicht gültig, so jedenfalls möchte ich auf Willi Brüggens Einwand antworten.

Der Unterschied besteht in zwei anderen wesentlichen Punkten:

Erstens: Es handelt sich um allgemeine Produktionsbedingungen, die zudem positionelle Güter darstellen. Ihre Nutzung und Reproduktion hat Wirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen überhaupt und auf die Produktionsbedingungen aller anderen Zweige. Wenn sie in einem privaten Unternehmen genutzt werden, muß daher in irgendeiner Form geklärt werden, wie ihre Reproduktion als allgemeine Produktionsbedingung erfolgt. Eine schlichte Privatisierung wäre dysfunktional, weil diese allgemeinen Produktionsbedingungen nicht beliebig reproduzierbar und erweiterbar sind und ihre Besitzer in eine monopolistische Position gegenüber allen anderen Nutzern - wirtschaftlichen wie nichtwirtschaftlichen - bringen würde. Man denke an die Privatisierung der Luft. Die andere Variante, sie als allgemeine Produktionsbedingungen zu reproduzieren und beliebige private Nutzungsarten unentgeltlich zuzulassen (den Zustand, den wir derzeit mehr oder weniger haben) bedeutet nicht nur gewaltige Belastungen für den Steuerzahler und eine logistische Überforderung der Staatsbehörden, die die Nutzung aller Naturressourcen administrativ zu regeln hätte. Es bedeutet vor allem, daß betriebs- und volkswirtschaftliche Rationalität in extreme Divergenz geraten. Weil die Kosten der ökologischen Reproduktion in die Preise und damit in die betriebswirtschaftliche Kalkulation nicht eingehen, erscheint die unökologische Variante betriebswirtschaftlich als die günstigere, volkswirtschaftlich hingegen als die ungünstigere, wenn die vom Staatshaushalt aufzubringenden ökologischen Kosten in Rechnung kommen. Die Politik muß in einer solchen Konstellation den Unternehmen ständig politisch ein Verhalten aufzwingen, das aus ihrer betriebswirtschaftlichen Perspektive unvernünftig ist. Daß das auf Dauer nicht funktioniert, weiß jemand sehr gut, der sich jahrelang bemüht hat, Planwirtschaft zum Funktionieren zu bringen und meint, schließlich verstanden zu haben, warum sie nicht funktionieren kann.

Also steht die Frage, wie die ökologischen Reproduktionskosten in eine betriebswirtschaftliche Kalkulation hineinkommen können. Ökosteuer ist ein Weg, ich denke, nicht der beste. Hier wäre durch eine einzige politische Behörde Jahr für Jahr und für jede Ressource zu entscheiden, welche Nutzungsarten in welchen Mengen und zu welchen Preisen gestattet werden. Für eine

einzelne Ressource - etwa CO₂-Emission - mag das machbar erscheinen, nicht aber für ein breites Feld der Ökonomisierung ökologischer Reproduktion. Politik wäre überfordert, wenn sie stetig und im Detail zu entscheiden hätte, welche ökologischen Kosten an welcher Stelle anfallen und wie sie umzulegen sind. Man kann in einem Wirtschaftssystem einige politisch manipulierte Preise ertragen. Wenn aber der Anteil der dadurch verfälschten betriebswirtschaftlichen Kalkulationen ein volkswirtschaftlich relevantes Niveau erreicht - und das ist in der BRD sowieso schon der Fall -, wird aus dem notwendigen Unterschied betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Kalkulation ein Gegensatz, der zu permanenten Fehlentscheidungen und Fehlallokationen führt. Verzerrte Preise an einer Stelle ziehen sich aber in das gesamte Preissystem weiter, bis schließlich keiner mehr weiß, ob Autofahren wirklich oder nur scheinbar billiger ist als die Eisenbahn. Wir kennen das aus der DDR bestens. Ein Preissystem ist dann vernünftig, wenn die betriebswirtschaftlich als günstig erscheinende Variante es auch volkswirtschaftlich ist. Politisch unmanipulierte Preisbildung auf ausgeglichenen Märkten ist im allgemeinen in der Lage, derartige Ausgleichspreise einzupendeln.

Natürlich ist bekannt, daß auch Marktallokationen in definierten Fällen zu Fehlallokationen führen. Freie Preisbildung für positionelle Güter, zu denen ökologische Ressourcen gehören, führt bekanntlich zu Fehlallokationen. Dies scheint mir der einzig letztendlich gerechtfertigte Fall für politische Eingriffe in die Preisbildung zu sein. Nur was sollte Ziel dieser Eingriffe sein? Man könnte meinen, es wäre an dieser Stelle sinnvoll, ökologische, sozialpolitische oder wirtschaftspolitische Ziele per Preispolitik zu erledigen. Ich bin nicht dieser Meinung. Preise sollten kein Mittel von Wirtschafts- oder Sozialpolitik sein. Wirtschaftspolitik hat an Investitionen und Sozialpolitik an Einkommen anzusetzen. Wenn politische Eingriffe in die Preisbildung bei positionellen Gütern erforderlich sind, dann m.E. nicht durch Festlegung der Preise selbst, sondern durch das Schaffen von Bedingungen, die Gleichgewichte zwischen Anbietern und Nachfragern auf dem jeweiligen Markt fördern und Monopole verhindert. Hinsichtlich unseres Gegenstandes besteht die politische Regulation in der Festlegung der Mengen an Nutzungsrechten für eine jede Nutzungsart über einen längeren Zeitraum - so daß sich Märkte darauf einstellen können - und die Verhinderung von Monopolisierungen beim Aufkauf. Da Nutzungsrechte von einem öffentlichen Unternehmen verkauft werden - und nur an dieses zurückverkauft werden können - besteht die Chance, die Zugangsbedingungen zum Markt vor Monopolisierung zu schützen. Trotzdem sollten die Preise für Nutzungsrechte auf einer Kostenkalkulation beruhen, die sich im Markt-

wettbewerb nach Angebot und Nachfrage bewähren muß. D.h. bei hoher Nachfrage sollten die Preise der Zertifikate steigen, bei geringer können sie sinken. Dazu kann beitragen, Nutzungsmengen festzulegen, die neben einer Obergrenze auch optimale und unbedenkliche Größenordnungen definieren, die sich an dem Regenerationsvermögen der Naturkreisläufe zu orientieren hätten.

Ich meine, daß der Preis für ökologische Nutzungsrechte in der zu ihrer Reproduktion erforderlichen gegenständlichen und lebendigen Arbeit (dem Kostpreis) einen Fixpunkt hat, der bei der Preisbildung durch Konkurrenz auf dem Markt eine determinierende Funktion haben wird. Natürlich hat Brüggen nicht unrecht, wenn er sagt, daß die für eine freie Preisbildung notwendige Angebotselastizität nicht gegeben ist. Ich füge hinzu: nicht voll gegeben ist. In harten Fällen kann dies zu Problemen führen. Nehmen wir an, der Aufsichtsrat der Ökoverwertungsgesellschaft (man erinnere sich, daß dieser nach dem Öffentlichkeitsprinzip mit 3/3 Besetzung funktionieren soll) legt nach einem geregelten Verfahren und wissenschaftlicher Begutachtung Obergrenzen der Belastung einer Ressource fest, die erheblich unter dem gegebenen Bedarf liegen und für die es keine kurzfristige Ausweichmöglichkeiten gibt. Dann würde die Preisbildung an der Ökobörse die Preise für Nutzungsrechte nach oben treiben und die Ökoverwertungsgesellschaft würde erhebliche Differentialrenten einstreichen. Aber um so stärker wäre der Antrieb, diesen Produktionszweig zu verlassen oder umzustellen. Trotzdem sollte man solche Situationen vermeiden. D. h. bei der Einführung der Ökozertifikate muß eine Anlaufphase ermöglichen, die eigene Produktion auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Die Obergrenzen dürfen also nicht schlagartig erheblich unter der vorgefundenen Nutzung liegen, sondern müssen durch angepasste Senkungsraten von beispielsweise 5 bis 10 % jährlich langsam heruntergeführt werden. Dann entsteht Angebotselastizität, weil die Industrie mit Innovationen auf andere Verfahren oder Produkte umstellen kann. Trotzdem wird es Differentialrenteneffekte geben, also Preise über den Reproduktionskosten. Das aber soll ja auch so sein, schließlich ist eine Umverteilung der für die Sanierung der Ökoresourcen benötigten Finanzen dringend erforderlich. Erst wenn die Einnahmen der Ökoverwertungsgesellschaften stabil deutlich über ihren Kosten liegen sollten würde ich Handlungsbedarf erkennen. Dies würde aber nur dann eintreten, wenn eine hohe Nachfrage nach Zertifikaten bei hohen Preisen eintritt, ohne daß es zu Reaktionen durch Verfahrens- oder Produktinnovationen kommt. Ich glaube, daß eine zeitgerecht eingeführte Ökoverwertung nur partiell zu Überpreisen führen würde. Meine Angst ist eher, daß politisch zu stark ge-

bremst würde - aus Angst vor dem "Wirtschaftsstandort" und den "Besitzständen".

In seinem Kommentar beschreibt Brüggen selbst, wie solche Angebotselastizität entsteht, wenn er meint, daß die Preise für Schiffsfahrtsrechte ja höchstens den Betrag ausmachen können, um den die Schifffahrt billiger ist als die Bahn. Stimmt. Sind die Reproduktionskosten der Schiffsfahrtszertifikate gesackt, die Nachfrage nach solchen aber immer noch höher, als das Angebot, so werden Differentialrenteneffekte wirksam, und zwar solange, bis die Nachfrage sinkt, weil der Bahntransport günstiger ist. Das Ausweichen auf die Bahn ist die (potentielle) Bremse für Preissteigerungen der Ökozertifikate für Schifffahrt. Und das ist doch völlig in Ordnung. Vorausgesetzt, die Preise für Bahn, Straße und Flug enthalten die ökologischen Reproduktionskosten dieser Transportsysteme ebenso wie die Schifffahrt. Dann verhindert die Möglichkeit des Umstiegs auf eine andere Transportart eine monopolistische Preisbildung in jedem einzelnen Transportbereich. Zugleich haben wir eine Situation, bei der kalkulatorisch entschieden werden kann, welche Transportart für welchen Zweck die kostengünstigere ist. Und da in den Kosten auch ökologische Kosten enthalten sind, ist diese Entscheidung auch eine für die ökologisch günstige Transportart.

Einen weiteren Interessenkonflikt sieht Brüggen, wenn eine Ökoverwertungsgesellschaft mit Zertifikaten für Abwasser in Konkurrenz zu Betreibern von Kläranlagen tritt. Ist es denkbar, daß eine Ökoverwertungsgesellschaft Interesse daran hat, den Bau von Kläranlagen zu verhindern, um ihre Abwasserzertifikate verkaufen zu können? Zunächst denke ich, würde das Öffentlichkeitsprinzip im Aufsichtsrat solch bornierte Politik sehr behindern. Aber auch die Ausgangsposition wäre doch eine ganz andere. Nehmen wir die heutige Belastung eines Flusses und eine angenommene Senkungsrate von 7% für die ersten fünf Jahre. Der Bau von Kläranlagen, teilweise durch die Ökogesellschaft selbst, teilweise durch die Wirtschaft finanziert, ist doch erst einmal der einzige Weg, mit dem die Abwassererzeuger auf die abzu-sehende Verknappung und Verteuerung der Zertifikate reagieren können. Ist die Preisbildung dem politischen Zugriff entzogen, nutzt auch kein Standortgeschrei, es bleibt nur, Kläranlagen bauen, auf andere Verfahren umsteigen oder die Produktion einstellen, anderen den Markt überlassen. Die von Brüggen skizzierte Situation, bei der eine Ökoverwertungsgesellschaft dem Klärwerk die Nutzer wegnehmen und sie mit Billigpreisen zum Einleiten ungeklärter Abwässer bewegen müßte, die tritt doch erst dann ein, wenn das ökologische Problem erledigt und die Auflösung der Ökoverwertungsgesellschaften auf der Tagesordnung steht, weil es keine problemati-

schen Belastungen dieses Flusses mehr gibt. Ob und wann diese Situation überhaupt eintritt, ist gar nicht abzusehen. Wenn sie eintritt, ist die Ökogesellschaft überflüssig geworden. Dann kann man das Einleiten ungeklärter Abwässer einfach verbieten, eine Ökopolizei wacht über die Einhaltung, aber eine Bewirtschaftung der Ressource ist nicht mehr nötig und auch nicht mehr möglich. Ich glaube zwar nicht, daß die Auflösung einer nicht mehr benötigten Institution eine leichte Übung ist, denke aber, die nächste oder übernächste Generation wird es schaffen, die überflüssig gewordenen Ökoverwertungsgesellschaften wieder zu liquidieren, wenn wir es schaffen, die Institutionen zu etablieren, die heute eine sachgerechte Bewirtschaftung ökologischer Ressourcen ermöglichen.

Was soll ein öffentliches Unternehmen sein?

Ich komme nun zur Frage, was unter öffentlich-rechtlichen Unternehmen zu verstehen ist. Die von Brüggens als Beispiel herangezogenen Eigenbetriebe des Senats sind Privatunternehmen, deren Eigentümer der Staat bzw. eine seiner Gliederungen (Land, Kommune) ist. Sie funktionieren wie andere Privatunternehmen. Wenn ich von öffentlich-rechtlichem Unternehmen sprach, so ist auch klar definiert, was das bedeutet: Erstens: Es wird ein Gemeingut verwertet, das nicht einfach Staats-eigentum ist. Funktion der Ökoverwertungsgesellschaft ist, den Übergang von Ökoresourcen als Almende in private Nutzungsrechte zu regulieren, und zwar so zu regulieren, daß die Reproduktion der Almende und ihre private Verwertung in ein vernünftiges Gleichgewicht kommen. Ihre Funktion ist nicht, selbst Wirtschaft bzw. ökologische Sanierungsarbeiten zu betreiben. Ihre Funktion ist der geregelte Verkauf von Nutzungsrechten und die Finanzierung ökologischer Programme. Sie sind also keinesfalls Eigenbetrieben vergleichbar, ihrem Tätigkeitsinhalt nach ähneln sie eher einer Bank als einem Industrieunternehmen. Wodurch unterscheiden sie sich nun von einer Privatbank? Erstens dürfen ihre Einnahmen nur zur Finanzierung ökologischer Programme eingesetzt werden, und zwar öffentlicher (Kommunen, Initiativen etc.) und privater (Umstellung von Industriebetrieben, Förderung von Kläranlagen usw.) Investitionen. Eben weil eine Reinvestition der Gewinne in private Kapitalanlagen ebenso ausgeschlossen sein muß, wie ein Transfer in private Einkommen. Genau unter dieser Voraussetzung wird eine Ökoverwertungsgesellschaft eine Preispolitik machen, die auf die Refinanzierung ihrer Ökoinvestitionen zielt, nicht aber auf Maximierung investierbarer Gewinne. Dies soll - jedenfalls nach meiner Vorstellung - auch dadurch gesichert werden, daß die Aufsichtsräte paritätisch besetzt werden durch diejenigen, die einer-

seits Interesse an der Verwertung bzw. Schonung ökologischer Ressourcen haben (Industrie und Ökoverbände), andererseits aber aus den Einnahmen der Ökoverwertungsgesellschaft ihre ökologisch relevanten Investitionen fördern lassen können. Eine extrem ökologie- oder wirtschaftsfeindliche Politik des Ökoverwertungsgesellschaft ist also nur denkbar, wenn Industrie- und Ökoverbände einvernehmlich Preise für die Zertifikate durchzusetzen versuchen, die so hoch sind, daß die wirtschaftliche Nutzung faktisch unmöglich würde oder so niedrig, daß eine Refinanzierung der Ökoprojekte unmöglich wird. Beides ist weder von den Vertretern der Umwelt- noch von denen der Wirtschaftsverbände zu erwarten. Bei der von mir vorgestellten institutionellen Regelung enthält die Lage der Ökoverbände wie der Wirtschaft einen gewollten Interessenkonflikt. Die Ökoverbände werden einerseits für eine niedrige Belastung der Ökoresource, daher für einen hohen Preis streben. Sie müssen aber andererseits an Einnahmen zur Finanzierung der von ihnen gewollten ökologischen Investitionen interessiert sein, werden also keine Blockade der Nutzung durchsetzen wollen. Die Wirtschaft wird dominant versuchen, niedrige Preise für Zertifikate anzustreben, weil dies ihre Kostenbelastung in Grenzen hält. Aber sie wird andererseits versuchen müssen, ihre Umstellung auf ökologische Verfahren durch die Ökogesellschaft finanzieren zu lassen, was nur geht, wenn entsprechende Einnahmen erzielt werden. Ökoverbände wie Wirtschaft werden also den Widerspruch zwischen Nutzung und Belastung der Naturressourcen sowohl gegeneinander als auch in sich austragen und einen jeweils lebberen Kompromiß in ihrer Preispolitik finden müssen. Wie sich die Arbeitnehmervertreter verhalten, die ja von einer realen Abnahme der verteilungsfähigen Einkommensmasse durch Ökoinvestitionen ausgehen müssen, ist schwer zu sagen. Ich würde vermuten, daß sie versuchen werden, die Preise für Ökozertifikate nach unten zu drücken oder die Gewinne in Konsumkanäle umzulenken. Beides müßte man verhindern, indem Interesse an einer nicht konsumtiven Partizipation am ökologischen Umbau institutionalisiert wird. Daher der Gedanke, daß ökologisch relevanter Umbau der Lebensbedingungen ebenfalls durch Ökoverwertungsgesellschaften finanziert werden könnte. Zugegeben habe ich aber auch Angst, daß dies angesichts der hohen Arbeitslosigkeit zu dominant auf Arbeitsbeschaffung zielenden Programmen wird, die dann wiederum ein Eigeninteresse an diesen Einnahmen erzeugen, welches konträr zu ökologischen Zielen wirkt. Ich denke aber nicht, daß die Blockaden größer wären, als die, mit denen wir es jetzt auch zu tun haben.

Es ist unstrittig, daß es sich bei dieser Form öffentlich-rechtlicher Verwertungsgesellschaft nicht um ein kapitalistisches Privat-

unternehmen handelt - und in diesem Sinne auch nicht um privates Kapital. Aber die Nutzung der Ökoresource wird über einen Geldkreislauf vermittelt, der die Transformation des Gemeinguts in private Nutzungsrechte über eine Marktpreisbildung so reguliert, daß die Erhaltung der Naturressource als Gemeingut gesichert wird und ihre private Nutzung ermöglicht wird. Kapital nenne ich einen über Geld regulierten und als Geldverwertung gestalteten Reproduktionskreislauf von Produktionsbedingungen bzw. Produkten. Und dieses System von Geld- und Sachkreisläufen ist autonomisiert, d.h. regelt sich nach einer eigenen institutionellen Gestalt. Auch wenn seine Rahmenbedingungen politisch gestaltet sind, wie bei jedem anderen Subsystem, so sind die laufenden Entscheidungen unmittelbarem politischen Zugriff entzogen.

Aber auch wenn ich in diesem Punkt Willi Brüggen widerspreche, kann ich vielen seiner Überlegungen zu "Private-Public-Partnership" und demokratischen Partizipationsmöglichkeiten zustimmen. Im Verständnis dessen, was öffentlich hier zu bedeuten hat, liegen wir nicht auseinander. Richtig ist ja auch, daß es eine Preispolitik geben muß, aber als politische Einflußnahme auf die Bedingungen Preisbildung auf den Märkten.

System und Lebenswelt

Mit Rudi Mondelaers gibt es neben vielen Übereinstimmungen eine Differenz, die erwartungsgemäß in die umgekehrte Richtung zeigt. "Geld ist emanzipatorisch." Dem würde ich zustimmen, wenn damit die Universalisierung des Verkehrs als Voraussetzung universeller Entwicklung der Individuen gemeint ist. Also die Auflösung bornierter Abhängigkeit in vormodernen Gemeinschaften einerseits und die Verfügbarkeit der Ressourcen moderner Gesellschaft an sich für jeden. Aber diese Universalisierung ist nur der Möglichkeit nach Voraussetzung individueller Entwicklung. Die Existenz gesellschaftlichen Reichtums ist nicht automatisch auch seine Aneignung als Mittel individueller Entwicklung. Erstens bestimmen individuell differente Zugangschancen und Einkommens-

unterschiede, in welchem Maße der Einzelne gesellschaftlichen Reichtum zu individuellem machen kann. Zweitens ist die Transformation gesellschaftlichen Reichtums in individuelle Entwicklung von der gegenständlichen Gestalt dieses Reichtums einerseits und den interindividuellen Sinnkonstrukten der Menschen abhängig.

An anderer Stelle habe ich zu begründen versucht, warum diese Form gesellschaftlicher Reproduktion zur Universalisierung des Verkehrs und zu allgemeiner Evolutionsfähigkeit führt, zugleich aber zur Entfremdung als Verselbständigung evolutionär gebildeter Subsysteme gegenüber den Handlungswelten der Individuen. Dieser Zwiespalt von Evolution und Entfremdung charakterisiert moderne Gesellschaften und ist prinzipiell unauflösbar, aber er ist temporär überbrückbar durch die Evolution partizipatorischer Rückbindungen.

Die Aufhebung der vormodernen Identität von Wirtschaft und Leben macht Emanzipation möglich, aber die Vermittlung von Wirtschaft und Leben auch zum Problem, enthält die Gefahr der Subsumtion von Lebenswelten unter die Sachzwänge der Kapitalreproduktion. In dieser modernen Form der Versklavung kann Leben zur Funktion im System werden und das Fehlen der Funktion zum Absturz aus dem Leben führen. Nötig ist daher eine Vermittlung, die die Lebenswelten in ihrer Bindung an gesellschaftliche Reproduktion zugleich auch schützt, ihren Eigensinn und ihre relative Unabhängigkeit zuläßt. Ich jedenfalls halte die Funktionalisierung der Lebenswelten für eine reale Gefahr der Modernisierung, die sich in Sinn- und Motivationsverlust einerseits und in Marginalisierung der "überschüssigen" Bevölkerung andererseits niederschlägt. Wie der Zusammenhang zwischen Systemfunktion in Lebenssinn vermittelt werden kann und wie der Zusammenhang von Arbeit, Einkommen, Konsum und Leben institutionell neu geregelt wird, ist für meine Begriffe eine der zentralen Fragen einer "reflexiven" Modernisierung. In dieser Hinsicht fühle ich mich dem Programm von André Gorz verpflichtet, ohne dies an dieser Stelle weiter ausführen zu können.

Bei uns steht

Hintergrund im Vordergrund

Probeabonnement

- ☐ 3 Wochen lang kostenlos
- ☐ 6 Wochen für DM 15,-*
- ☐ 12 Wochen für DM 30,-*

*Nur gegen Vorkasse (Bar oder V-Scheck)

Name Vorname _____

Strasse Nr. _____

PLZ Ort _____

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Vertrieb FREITAG, Postf. 66, 12414 Berlin